Nr. 108. Sonnabend, den 12. Mai 1906. 5. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Viertelj. 1 Mk. 50 Pf., f. Oesterr. 2 Kr 55 h (ohne Bestellgeld). Bei all. und. Postanstalten u. Zeitungsspedit. Einzelnummer 10 Pf. Redaktions-Sprechstunden: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tagesblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die 6gespalt. Petitzeile oder deren Raum mit 15 ₰, Reklame m. 50 ₰ die Zeile, berechn., b. Wiederh. bedeut. Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Wilsdruffer Straße 48. — Fernsprecher Nr. 1906.

r. Zur Frage der Aussperrung der Metallarbeiter in Deutschland.

Die deutsche Metallindustrie steht vor Entscheidungen schwerwiegendster Art. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beabsichtigt die Aussperrung von 320 000 Metallarbeitern. Wir betonen das Wort „Aussperrung". Denn um eine solche handelt es sich.

Allerdings streiken etwa 30 000 Former in Hannover, Braunschweig, Dresden, Frankfurt und Ostfriesland. Aber das sind alltägliche Ereignisse. Die gewaltige Katastrophe, die uns bevorzustehen scheint, ist nicht ein Streik der Arbeiter, sondern eine Aussperrung der Arbeitgeber. Die Versammlung des Gesamtvorstandes deutscher Metallindustrieller, welche am Donnerstag stattfinden und sich mit diesem Gegenstand befassen sollte, ist auf Freitag vertagt worden, nachdem nicht von allen Zweigvereinen die eingeforderten Situationsberichte eingelaufen waren. Im Allgemeinen soll jedoch von den Arbeitgebern die Erklärung abgegeben worden sein, daß die Forderungen der Gießereiarbeiter unannehmbar seien. Daß der Verbandsvorstand die Aussperrung beschließen wird, erscheint uns nicht gut glaublich, denn sie würde auch für die deutsche Metallindustrie manchen Schaden bringen. Wenn es trotzdem geschehen sollte, dann wäre es der bedauerlichste Schritt, der jemals von Seiten der Industrie gemacht worden ist.

Eine Aussperrung von 320 000 Arbeitern ist unseres Wissens in der Geschichte unerhört. Auch die gewaltigen Aussperrungen, die Schweden, Hamburg und Bayern gesehen, reichen nicht entfernt an diese Zahl heran. Es kann aber für den, der die Organisation des deutschen Arbeitgebertums und das Treiben der leitenden Geister, insbesondere des Herrn Bueck, seit langem verfolgt hat, nicht zweifelhaft sein, daß die gegenwärtige Leitung unserer deutschen Arbeitgeber zu immer wilderem Klassenkampf führt. Die Gefahr, die den inneren Frieden unseres Vaterlandes seitens solcher Argeitgeber droht, ist nicht geringer, als die Wunden, die von den sozialdemokratischen Hetzern dem inneren Frieden geschlagen werden.

Wir geben zu, daß die Arbeitgeber durch manchen mutwillig und von vornherein als aussichtslos vom Zaune gebrochenen Streik in eine gereizte Stimmung gekommen sind; die fortgesetzte Beunruhigung der Industrie schafft eine bedenkliche Unsicherheit. Zur Festsetzung von Lieferungsterminen und Preisen müssen sichere Unterlagen vorhanden sein. Wie soll aber der Fabrikant kalkulieren, wenn Arbeitslöhne und Arbeitszeit plötzlich in die Höhe schnellen können? Wie soll er endlich große Lieferungsverträge ohne großes Risiko abschließen, wenn ihm eines Tages die Arbeiterschaft im Stiche läßt und streikt? Daß die nervöse Unsicherheit eine Gereiztheit hervorbringen muß, die schließlich zu Schritten führt, um ruhige Zustände herbeizuführen, leuchtet uns ein. Aber diese Maßregeln sollen nicht Gewalt und Macht diktieren, sondern auf dem Wege der Vereinbarung geschaffen werden. Eine Aussperrung ist aber kein solcher Schritt. Sie ist gleichsam eine Kraftprobe zwischen Großkapital und den von diesen abhängigen Arbeitern. Will man ihnen damit zu Gemüte führen, daß sie vom Kapital gänzlich abhängig sind? Das wäre eine grobe Täuschung. Denn die Organisation der Arbeitgeber und die Organisation der Arbeitnehmer sind aufeinander angewiesen. Das Liedchen:

> Alle Räder stehen still,
> Wenn dein starker Arm es will —

können eben beide singen. Das haben die Arbeiter in großen Streiks bewiesen, und das wollen jetzt einmal die Arbeitgeber der Metallindustrie im großen beweisen. Die sozialdemokratische Verhetzung hat das Kunststück fertig gebracht, daß sich die Arbeitgeber in großen Organisationen zusammenschlossen und nun auch einmal eine Probe ihrer Macht abzulegen sich anschicken. Aber mit einem solchen inszenierten Klassenkampf ist beiden Teilen nicht gedient, sie gereicht beiden Teilen zum größten Schaden. Die Arbeiter brauchen Arbeit, um leben zu können, aber auch die Industrie braucht Arbeitskräfte, um zu bestehen. In Afrika zwingt man die Leute mit der Nilpferdpeitsche zur Arbeit und in Amerika muß der Kuli dem Milliardär Beit die Diamanten suchen. Aber im Kruppschen Etablissement kann man die Kanonen, Lokomotiven, Waggons und Eisenschienen nicht mit machtlosen Knechten herstellen. Und soll die deutsche Metallindustrie auf dem Weltmarkte den gewaltigen Konkurrenzkampf mit den übrigen Ländern siegreich führen, dann müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in fruchtbarer Zusammenarbeit tätig sein. Die Unternehmer werden den Sieg erringen, daran zweifeln wir nicht. Aber es wird ein Pyrrhussieg sein. Auf der Wahlstatt werden nicht nur zahllose Existenzen der Arbeiter, sondern auch kapitalsschwache Arbeitgeber liegen bleiben. Die kleineren Unternehmungen können solche wirtschaftliche Erschütterungen nicht aushalten, welche die Riesenbetriebe mit ihren gewaltigen Reserven bestehen können. Die Opfer fallen also wieder im Mittelstande. Wenn aber der Mittelstand zerrieben wird, kommt die Sozialdemokratie ihrem Ziele näher: auf der einen Seite Anhäufung von Riesenkapitalien, auf der anderen Seite das Proletariat. Ein Gebot der Klugheit ist es daher für beide Teile, ihre wechselseitigen Interessen durch weise Mäßigung zu wahren.

Aber auch für den Staat selbst erwächst hier eine Pflicht. Wenn es sich um einen wirtschaftlichen Kampf handelt, der täglich Millionen Mark an Opfern fordert, und der die Klassengegensätze in unheilbarer Weise vertieft und verschärft, kann die Staatsregierung nicht gleichgültig zusehen. Sie hat die Verpflichtung, in solchen Krisen einzugreifen und zwar nicht erst, wenn die Erbitterung beiderseits den Höhepunkt erreicht hat. Es darf ihm nicht gleichgültig sein, daß 320 000 deutsche Arbeiter plötzlich arbeitslos gemacht werden, wie es ihm auch nicht gleich sein darf, wenn große Streiks die Industrie und das Gewerbe schädigen. Die Gesetzgebung hat für solche Fälle Einigungsämter vorgesehen. Warum werden die Vermittelungen dieser nicht besser durch die staatliche Autorität geschützt? Der Staat ist selbst ein ganz bedeutender Auftraggeber, besonders für die Metallindustrie. Warum übt er seinen Einfluß nicht aus? Kein Werk, das sich der Vermittelung der Einigungsämter entgegenstellt, sollte mit Staatsaufträgen bedacht werden. Würde dadurch nicht sehr wirksam die Förderung des sozialen Friedens herbeigeführt werden, indem den Machtgelüsten ein wirtschaftlicher Barometer beigegeben würde?

Wir sprechen die Arbeitnehmer keineswegs von aller Schuld frei, wie wir schon oben ausführten. Wenn rein wirtschaftliche Ziele in den Gewerkschaften verfolgt würden, dann könnte es nicht zu einer solchen Erbitterung in den Arbeiterkreisen kommen. Im Allgemeinen hat sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in allen Schichten bedeutend gebessert. Die Sozialdemokratie trägt jedoch fortgesetzt die Unzufriedenheit in sie und säet den Klassenhaß, den sie jetzt von Seiten der Arbeitgeber ernten. Die Sozialdemokratie ist das Unglück der deutschen Arbeiterbewegung. Sie will den sozialen Frieden, dessen unser Volk bedarf, um des täglichen Brotes aus Parteiinteresse nicht aufkommen lassen.

Die Eröffnung der russischen Reichsduma.

Um 10 Uhr früh trafen am 10. ds. der Zar und die Zarin von Peterhof in Petersburg ein. Von 12 Uhr ab begann der Georgssaal im Winterpalais sich zu füllen. Zunächst erschienen die Senatoren, die Generalität, die Hofstaaten, die Chefs der diplomatischen Missionen und der Reichsrat. Zuletzt betraten die Deputierten den Saal. Sie trugen die Trachten aller Teile des Reiches und aller Stände. Kurz vor 2 Uhr ertönte in den Vorräumen die Nationalhymne. Unter großem Vortritt erschienen die Majestäten, zuerst der Zar allein, hierauf folgten die Zarin, die Zarin-Witwe und die Großfürstinnen. Vor dem in der Mitte des Saales aufgestellten Altar küßten die Majestäten das Kreuz, worauf unter Leitung der Metropoliten von Petersburg, Moskau und Kiew unter Mitwirkung des Hofsängerchors ein Gebet zelebriert wurde. Sodann bestieg der Zar den Thron, während die Zarin, umgeben von sämtlichen Großfürsten und Großfürstinnen, seitwärts Platz nahm. Der Zar verlas nunmehr mit klarer Stimme folgende Begrüßungsrede: „Die durch göttliche Vorsehung mir übertragene Fürsorge für das Wohl des Vaterlandes hat mich bewogen, vom Volke Erwählte zur Mitarbeit an den gesetzgeberischen Arbeiten zu berufen. Mit flammendem Glauben an eine heitere Zukunft Rußlands begrüße ich in Ihnen die besten Männer, welche ich zu erwählen meinen geliebten Untertanen befohlen habe. Schwere und komplizierte Arbeiten stehen Ihnen bevor. Ich glaube, die Liebe zur Heimat und ein heißer Wunsch werden Sie beseelen und werden Sie einigen. Ich aber werde die von mir gewährten Institutionen unerschütterlich bewahren mit der festen Ueberzeugung, daß Sie alle Kräfte für den aufopfernden Dienst für das Vaterland verwenden werden: Zur Klarstellung der Bedürfnisse der meinem Herzen nahestehenden Bauernschaft, zur Aufklärung des Volkes und zur Entwickelung des Wohlstandes, eingedenk dessen, daß für die Größe und das Wohlergehen des Staates nicht nur Freiheit nötig ist, sondern auch Ordnung auf der Grundlage des Rechtes. Mögen Sie meine heißen Wünsche erfüllen, mein Volk glücklich zu sehen, und meinem Sohne einen festen, wohlgeordneten und aufgeklärten Staat als Erbe zu hinterlassen. Gott segne die mir im Verein mit dem Reichsrat und der Duma bevorstehende Arbeit. Möge dieser Tag eine Verjüngung des Russenlandes in moralischer Hinsicht und eine Wiedergeburt seiner besten Kräfte bedeuten. Gehen Sie an die Arbeit, zu der ich Sie berufen habe, und rechtfertigen Sie würdig das Vertrauen des Zaren und des Volkes. Gott helfe mir und Ihnen!"

Die Worte des Zaren wurden von der Versammlung mit donnerndem, langanhaltendem Hurra beantwortet. Während die Majestäten in derselben Ordnung wie zuvor, diesmal auch von den Großfürstinnen gefolgt, den Saal nach dem Ausgang hin durchschritten, fiel die Kapelle des Preobraschenskischen Regiments mit der Nationalhymne ein. Die Duma-Abgeordneten begaben sich nach Schluß der Feier, der sie mit tiefem Ernst beigewohnt hatten, nach dem Taurischen Palais, um sich dort in einer Eröffnungssitzung zu konstituieren.

Der ganze Weg zwischen dem Winterpalais und dem Dumapalais, den die Duma-Abgeordneten zu Wagen zurücklegten, war von Volksmassen eingenommen, die zu beiden Seiten der Straße wie eine Mauer standen. Als die Wagen mit den Abgeordneten vorüberfuhren, erschollen begeisterte Hurrarufe, die sich lawinenartig zum Dumapalais fortpflanzten. Die Abgeordneten legten die ganze Fahrt mit entblößtem Haupte zurück. Der Hauptsitzung der Duma im Taurischen Palais ging ein vom Metropoliten abgehaltener Gottesdienst voran.

Die erste Sitzung der Duma wurde vom Staatssekretär von Frisch mit einer Rede eröffnet, in der er darauf hinwies, daß die gewählten Volksvertreter, welche zu begrüßen ihm die Ehre zufalle, durch das Grundgesetz über die Errichtung der Duma volle Möglichkeit erhalten zur Einbürgerung der Gesetzmäßigkeit und unerschütterlicher gesetzlicher Ordnung. Die Abgeordneten seien in der glücklichen Lage, in voller Oeffentlichkeit und Freiheit des Wortes arbeiten zu können. Jedes ihrer Worte werde durch die Presse im Lande verbreitet, welches die Tätigkeit der Abgeordneten aufmerksam verfolge. Mit dem Wunsche, daß die Arbeiten der Duma einen glücklichen Verlauf nehmen mögen, erklärte der Staatssekretär die Duma für eröffnet. Darauf forderte er das Haus auf, die Eidesformel, die zur Verlesung gelangte, zu unterzeichnen und zur Wahl des Präsidenten zu schreiten. Auf den Vorschlag des Staatssekretärs von Frisch wählte die Duma sodann ohne namentliche Abstimmung den Moskauer Professor Morowzew zum Präsidenten. Seine Wahl wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Der erste Redner war Petrunkowitsch, der es als Pflicht bezeichnete, daß das erste freie Wort denen geweiht sei, die für die Freiheit der Heimat ihre Freiheit geopfert haben. (Stürmischer Beifall.) Alle Gefängnisse seien überfüllt. Es sei ihre Pflicht, alles daran zu setzen, daß die Freiheit, die sich Rußland erkauft habe, keine neuen Opfer mehr koste. Das freie Rußland fordere die Befreiung der Verhafteten. Moronkow führte sodann aus, die Arbeit der Duma werde vor sich gehen auf der Basis der Achtung vor den Prärogativen des konstitutionellen Monarchen, auf dem Boden völliger Erneuerung der Regierung. Nächste Sitzung Sonnabend.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 99. Sitzung am 10. Mai 1906.

Die Reichserbschaftssteuer wird weiter beraten.

Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Namens der verbündeten Regierungen erkläre ich, daß diese die sozialdemokratischen Anträge ablehnen. Eine Reichserbschaftssteuer für Deszendenten halten wir nicht für geeignet, um das Defizit zu decken. Die ablehnenden Gründe will ich nicht wiederholen, ich bitte aber, die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen. — Abg. v. Savigny (Zentr.) legt seine persönliche Ansicht zur Frage dar. Die Besteuerung des Deszendenten lehne ich ab. Prinzipielle Bedenken gegen die Steuer habe ich vor wie nach und mit mir manche meiner Freunde. Redner bringt eine Reihe von Einzelwünschen vor, namentlich ist ihm die Besteuerung der Geschwister zu hoch. Die Steigung der Steuer sollte erst bei 50 000 Mk. eintreten, nicht schon bei 20 000 Mk. Die erhöhte Steuer für kirchliche Stiftungen bedauere ich sehr, diese Stiftungen können eine solche hohe Besteuerung gar nicht ertragen. Sollte die Steuerstaffel nicht abgeschwächt werden, so muß ich gegen die Steuer stimmen. — Abg. Westermann (natl.) erklärt sich mit der Steuer einverstanden. Den Anregungen des Abg. v. Savigny können wir nicht folgen, ihre Durchführung würde so viel Ausfall herbeiführen, daß das Gesetz scheitern könnte. Woher sollen die Gelder kommen? — Abg. Dietrich (kons.): Ich leugne nicht, daß das Reich direkte Steuern erheben kann, aber die Einzelstaaten haben auch darüber zu wachen, daß das Reich nicht immer mehr die Steuergebiete an sich zieht. Einige meiner Freunde stimmen deshalb gegen das Gesetz. Gegen die Ausdehnung der Besteuerung der Erbfälle für Kinder sprechen wir uns ganz entschieden aus, aus wissenschaftlichen Gründen läßt sich diese nicht rechtfertigen. Wir stimmen zwar für das Mantelgesetz, aber gegen dieses Reichserbschaftssteuergesetz. — Abg. Dr. Wiemer (Freis. Volksp.): Dieser Steuervorlage stimmen wir zu, sie ist der Anfang einer direkten Reichssteuer und das begrüßen wir aus prinzipiellen Gründen. — Abg. Lattmann (Wirtsch. Verg.) spricht sich für den Kommissionsantrag aus. — Abg. Dr. Spahn (Zentr.) hält gleichfalls den Antrag der Kommission für den empfehlenswerten und wendet sich gegen einzelne Vorschläge auf Abänderung. Die Staffelung soll bei 20 000 Mk. beginnen. Die Stiftungen über 5000 Mk. sind sehr selten und deshalb wird für sie die Staffelung selten praktisch werden. Sollte der Gerichtsertrag mehr entgegenkommen, ist es uns selbstverständlich angenehm. Die Regierung wird die Vorlage schließlich annehmen auch wenn die Matrikularbeiträge nicht gebunden sind. Aber die Bindung können wir nicht annehmen, da sich die verbündeten Regierungen auch nicht verpflichten, nie mehr zu fordern, als dieses Steuerplus 24 Mill. Mark Matrikularbeiträge ergibt. (Beifall.) — Abg. v. Gerlach (Freis. Verg.): Die Steuerkommission war eine rein agrarische Kommission, sie hat für die Landwirtschaft sehr gut gesorgt. Das Zentrum hat in der Frage der Deszendentenbesteuerung in der ersten Lesung sich anders gestellt als heute, ähnlich die Nationalliberalen. Der Bund der Landwirte kann sich hier eines großen Sieges rühmen. Lehnt der Reichstag jetzt die Erbschaftssteuer für Deszendenten ab, so kommt sie nie mehr zu stande. Ich habe absichtlich den früheren Antrag von Zedlitz wieder eingebracht, um die einzelnen Abgeordneten festzulegen. — Abg. Hilpert (kons.) anerkennt die Schwierigkeit des Kommissionsantrages, schließt sich aber den Anregungen des Abgeordneten v. Savigny an. — Abg. Bernstein (Soz.) polemisiert gegen einige Vorredner. — Nach kurzen Beratungen wird der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Mehrheit abgelehnt. Der Kommissionsantrag wird mit 210 gegen 40 Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen. Der Antrag v. Gerlach auf Annahme einer Nachlaßsteuer wird abgelehnt. Die Abgg. Bockelmann und Oertzen (Rpt.) beantragen: als § 11a einzufügen: der Erbschaftssteuer unterliegen Schenkungen, die der Erblasser innerhalb der letzten 2 Jahre vor seinem Tode gemacht, soweit sie nicht nach § 60 sofort zu versteuern oder auch § 61 steuerfrei sind. Für die Erhebung gelten die Vorschriften der §§ 7 bis 11. Soweit in den §§ 7 und 8 die Steuerpflicht an besondere Voraussetzungen geknüpft ist, je nachdem der Anfall beim Tode des Erblassers oder bei seinen Lebzeiten erfolgt, müssen diese Voraussetzungen sowohl zur Zeit der Schenkung als auch zur Zeit des Todes vorhanden sein. — Abg. Bockelmann (Rpt.): Der Antrag hat den Zweck, daß die Schenkungen, die nicht durch notarielle Beurkundung erfolgen, steuerfrei sein sollen. Die harmlosen Schenkungen soll man nicht besteuern, sonst greift man zu tief in das gesamte Privatleben ein; die Kommission will dies. — Direktor Kühn: Die Frage der Besteuerung von Schenkungen unter Lebenden ist eine der schwierigsten Fragen des gesamten Gesetzes. — Die beschränkte Steuerpflicht, wie sie der Antrag Bockelmann enthält, reicht nicht aus, um die Steuerpflicht zu erfassen. — Abg. v. Gerlach (Freis. Ver.) spricht gegen den An-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19060512/1